

Bericht

des Finanzausschusses sowie des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 74 der Beilagen) über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2017 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2017, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2018 bis 2021 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2017 - LHG 2017)

Der Finanzausschuss sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben sich in der Sitzung vom 29. November 2016 mit der Vorlage befasst.

In der Generaldebatte führt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl aus, dass sich die Regierung in ihrer Klausur im Oktober auf ein Doppelbudget 2017/2018 geeinigt habe, weil die Bewältigung der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik 2017 alle Ressourcen und Kräfte der Finanzabteilung und auch aller anderen Abteilungen brauche. Dem Landtag liege aber nur das Budget 2017 vor. Das Budget 2018 werde nach einer Klausur im Juni dem Landtag im Herbst 2017 vorliegen. Mit dem Budget 2017 sei die Regierung dem Kurs der nachhaltigen Budgetpolitik gefolgt. Der ordentliche Haushalt umfasse € 2.785.588.100,00 und der außerordentliche Haushalt rund € 66 Mio. Das Budget 2017 ist ausgeglichen und der Schuldenabbau werde weiter fortgesetzt.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl dankt der Finanzabteilung unter Abteilungsleiter HR Dr. Prucher für die Arbeit. Das Jahr sei aufgrund der Umstellung auf die Doppik sehr fordernd gewesen. Neben der Erstellung des Rechnungsabschlusses und der Vorbereitung des Doppelbudgets hatte Salzburg den Vorsitz sowohl in der Gesundheits- als auch in der Finanzreferentenkonferenz inne. Daneben mussten verschiedene 15a B-VG Vereinbarungen verhandelt werden und es wurden intensive Vergleichsverhandlungen mit Banken geführt. Das Gesamtlösungspaket mit der Hypo werde dem Landtag demnächst vorgelegt werden.

Durch die strengen Vorgaben der Finanzabteilung und das Controlling sei es gelungen, dass der Budgetvollzug gut überwacht werde und gut funktioniere. Weiters wurden in Zusammenarbeit mit den Abteilungen die Erläuterungen zum Budget wesentlich verbessert. Verschiebungen bei den Ansätzen seien nun besser nachvollziehbar. Bereits für das Budget 2017 wurden Budgetrichtlinien mit sehr strengen Vorgaben verabschiedet. Es durften keine Erhöhungen im Vergleich zu 2016, ausgenommen bei den notwendigen Anpassungen der Pflichtausgaben im Sozialbereich, bei Personal inklusive Pensionen und bei den Betriebsabgangsdeckelungen der Krankenhäuser, vorgenommen werden. In allen übrigen Bereichen wurde daran gearbeitet, dass das Budget nicht weiter aufgeblasen werde. Auch laut Vorgabe des Stabilitätspaktes dürfe das Budget nur gedämpft wachsen. Eine große Herausforderung waren aufgrund der aktuellen Situation daher die notwendigen Investitionen und Betriebsabgangsdeckungen bei den Krankenhäusern, die notwendigen Mehrausgaben im Sozialbereich inklusive der

Grundversorgung und die Flüchtlingsunterbringung. Da diese Vorgaben aber erfüllt werden konnten, könne heute ein ausgeglichenes Budget 2017 vorliegen.

Es sei möglich gewesen, viele Investitionen in Zukunftsbereiche zu tätigen. Es wurden klare Akzente besonders im Bereich Gesundheit, Soziales, Pflegeausbildung, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, Wohnen und Infrastruktur, Forschung und Bildung sowie Wirtschaft und Jugendbeschäftigung gesetzt.

Der Schwerpunkt in seinem Ressort - so Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - seien die Modernisierung und die Investitionen in die Krankenhäuser gewesen. Aber auch für Prävention und Neugestaltung des Notarzdienstes wurde viel Geld in die Hand genommen. Das zentrale Investitionsprojekt in den SALK sei der Neubau des Hauses B. Die Grobplanungen dafür seien fertig. 2018 gehe es weiter mit der Zusammenführung von UKH und LKH. Weitere Investitionen im Universitätsklinikum, in das Haus C, die Radiologie und Nuklearmedizin und das Laborgebäude (bereits im Rohbau) seien bereits von der Regierung beschlossen worden. Mund-Kiefer und Gesichtschirurgie werde aus- und die Dialyse neu gebaut. Auch für die Landeskliniken Tamsweg, das Tauernklinikum und das Krankenhaus Schwarzach seien Investitionen vorgesehen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl bedankt sich bei seinen Regierungskolleginnen und -kollegen für die kollegialen und äußerst konstruktiven Verhandlungen. Es wäre wichtig, immer Fortschritte zu machen, aber man müsste sich trotzdem nach der Decke strecken und darauf achten, dass alles finanzierbar bleibe. Neben dem ausgeglichenen Budget konnten auch weiterhin Schulden abgebaut werden, was im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht selbstverständlich sei. Ziel sei es, bis 2018 die Schulden auf deutlich unter € 2 Mrd. zu drücken, also rund € 300 Mio. abzubauen, um für die Zukunft eine gute Basis zu haben und das Land gestalten und wieder entsprechende Investitionen tätigen zu können.

Landeshauptmann Dr. Haslauer stellt fest, dass die Vorzeichen vor der Budgeterstellung einigermaßen fordernd und schwierig waren. Nicht nur, weil es erhebliche Mehranmeldungen gab, sondern weil das gesamte Umfeld schwierig war und ist. Man bräuchte ein Wirtschaftswachstum von über 2 %, um in Vollbeschäftigung zu kommen. Es sei zwar etwas angestiegen, aber von 2 % weit entfernt. Die Arbeitslosenquote sinke in Salzburg gegenüber dem österreichischen Durchschnitt leicht. Man werde heuer bei 5,6, vielleicht 5,5 %, abschließen können. Wien habe 14 % Arbeitslose. Es gebe erhebliche Mehraufwendungen im Bereich der Gesundheit für Krankenhäuser und Ärzte. Das Gehaltssystem Neu werde schlagend. In der Wettbewerbsfähigkeit habe sich aber gezeigt, dass sich das Gehaltssystem Neu bewähre. Es gebe viel mehr qualifizierte Bewerbungen für freiwerdende Posten als bisher. Der gesamte Komplex Flüchtlingsbewegung, Migration, Integration, aber auch der Komplex Mindestsicherung insgesamt habe eine hohe Ausgabendynamik für sich. Man habe einen Nachzieheffekt in der Wohnbauförderung gehabt. Die Umstellung auf die Doppik war eine zusätzliche Belastung. Und schließlich das Ziel, ein halbwegs ausgeglichenes Budget zu erreichen, und vielleicht noch Schulden zurückzubezahlen, stand zu Beginn des Endspurts eigentlich in weiter Ferne. Dazu kam noch die Unsicherheit, was beim Finanzausgleich herauskomme. Den guten Verhandlungen von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl zufolge sei ein Finanzausgleich herausgekommen, mit dem man im Großen und Ganzen gut leben könne. Kein Geldsegen,

aber im Gesamtvolumen doch etwas mehr. Ergebnis all dieser Umstände sei aber ein ausgeglichenes Budget für 2017 und voraussichtlich auch für 2018. Auch Landeshauptmann Dr. Haslauer geht auf den enormen Arbeitsaufwand in der Finanzabteilung ein, den die Umstellung auf die Doppik verursache. Es sei aber eine echte Weichenstellung, weil man ein wesentlich besseres Bild und eine wesentlich bessere Transparenz über den Vermögensstand des Landes über die Ausgaben und Einnahmen haben werde. Neben dem ausgeglichenen Budget werde man auch weiter Schulden zurückbezahlen. Knapp über € 2 Mrd. Schulden seien zu viel, auch wenn es Gegenpositionen dazu gebe. Die Niedrigzinsphase sei nützlich, aber es sei nicht vorhersehbar, wann die Zinsen wieder steigen. In der Wohnbauförderung habe es einen großen Nachholbedarf im Eigentumsbereich gegeben. Man könne weiter 900 Mietwohnungen und 600 Objekte im Eigentum finanzieren und 3.500 Sanierungen machen. Auch hier wurde eine Systemänderung durchgeführt, ebenso in Verbindung mit der Mietzinsstützung für jene Mieten, die einfach nicht mehr leistbar seien und die sogenannten Staffelmieten. Wichtig sei, dass weiter in die Spitäler und in die Zukunft investiert werde. Man setze mit zusätzlichen Mitteln konsequent die Wissenschaft- und Innovationsstrategie Salzburg um. Und als Konsequenz der aktuellen internationalen politischen Situation müssen im Bereich Sprachkurse und Schulsozialarbeit neue Maßstäbe gesetzt werden. Intensive Forschungsarbeiten haben ergeben, dass nicht nur neu zusiedelnde Menschen Sprachprobleme haben, sondern, dass man auch eine sich entwickelnde Parallelgesellschaft habe, die nicht am Bildungsfortschritt teilnehme, die Bildungs- bzw. Ausbildungsverweigerer seien. Um diesen sozialen Ursachen entgegenzutreten zu können, werden entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. Landeshauptmann Dr. Haslauer sieht den Schlüssel für die Bewältigung des gesamten Themas darin, die Menschen in Beschäftigung, in Qualifizierung, in Ausbildung und in Bildung zu bringen. Das Impulspaket, das zu Beginn des Jahres zur Ankurbelung der Wirtschaft gestartet wurde, konnte konsequent umgesetzt werden. Es konnten auch zusätzliche Mittel für den öffentlichen Verkehr aufgebracht werden. Man habe Mittel für das große Vorhaben des Kinderbetreuungsgesetzes reserviert, weil gerade Investitionen in die jungen Menschen einfach die größten Früchte tragen. Auch zu den Themen Schulsozialarbeit, Sprache, soziale Kompetenzen gebe es Vorstellungen. Dazu befinde man sich in intensiven Verhandlungen mit dem Gemeindeverband und dem Städtebund. Über die Ergebnisse werde der Landtag in den nächsten Monaten unterrichtet. Abschließend dankt der Landeshauptmann neben Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl auch HR Dr. Prucher sowie Referatsleiterin Mag.^a Pumberger-Langthaler und dem gesamten Team für die Qualitätsanhebung der erläuternden Bemerkungen. Mit allen Regierungsmitgliedern konnte in einem sehr guten Arbeitsstil und in einer guten Arbeitsatmosphäre rasch ein Weg gefunden werden, um ein ausgeglichenes Doppelbudget, aber auch einen Weg in die Reduzierung der Schulden zu finden und trotzdem die sozialen Standards nicht zu kürzen und auch in die Zukunft zu investieren.

HR Dr. Prucher erläutert an Hand einer Power Point Präsentation die genauen Zahlen des Landesvoranschlages 2017.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi gratuliert Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und der gesamten Landesregierung zum vorgelegten ausgeglichenen Doppelbudget. Das sei ein großer

Erfolg und alles andere als eine Selbstverständlichkeit, wenn man betrachtet, wie andernorts öffentliche Haushaltsdefizite explodieren. Der Konsolidierungskurs werde erfolgreich fortgesetzt, ohne dass das Land zu Tode gespart werde. Die Regierung arbeite konstruktiv zusammen, agiere mit Augenmaß und setze die notwendigen Akzente. Diese hohe Qualität der Zusammenarbeit in der Regierung brauche das Land Salzburg auch im Hinblick darauf, dass man nach wie vor mit über € 2 Mrd. eine sehr hohe Verschuldung habe. Dennoch sei es gelungen, besonders dynamische Bereiche wie Unterricht und Bildung, soziale Wohlfahrt und Gesundheit mit den notwendigen Mitteln zu versehen. Diese dynamischen Bereiche müssen allen ein großes Anliegen sein, weil es hier die größten Herausforderungen gebe. Mit der Anhebung der Budgets für Sozialhilfe (6 %) und Behindertenhilfe (5 %) sei man trotz Sparsamkeit und trotz des Ziels, entsprechenden Schuldenabbau zu betreiben, auf einem guten Weg. Da es neben der Versorgung der Flüchtlinge auch um die Integration der Menschen gehe, sei es wichtig, die entsprechende finanzielle Vorsorge in der freien Wohlfahrt zu treffen. Im Bereich Gesundheit sieht Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl mit einer Reform mit Augenmaß die richtigen strukturellen Schritte gesetzt. So begrüßt sie die Zusammenführung der Krankenhäuser unter dem Dach der SALK und die getroffenen Vorsorgemaßnahmen zur Realisierung der notwendigen Großbauten. Lobend erwähnt sie, dass das Impulspaket bei gleichzeitigem Schuldenabbau konsequent weitergeführt werde. HR Dr. Prucher dankt sie für die erfolgreichen Verhandlungen mit den Banken, wobei gleichzeitig und konsequent an der Erfüllung des Arbeitsübereinkommens gearbeitet werde. So sei z. B. das Budget für die öffentliche Sicherheit aufgestockt worden und für 2018 sei die Anhebung des Schonvermögens in einem ersten Schritt auf € 7.500,-- vorgesehen, was ein richtiges und wichtiges Signal an die Seniorinnen und Senioren sei. Besonders begrüßt Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl auch die finanzielle Vorsorge für das neue Kinderbetreuungsgesetz und zeigt sich zuversichtlich, dass man mit dem Kinderbetreuungsjahr 2017/2018 auch tatsächlich ein neues Kinderbetreuungsgesetz haben werde. Zum Thema Bildung begrüßt die Klubobfrau die entsprechende Vorsorge und betont, dass Bildung immer mehr mit dem Themenbereich der Sozialarbeit zu verschränken sei. Die Herausforderungen an den Schulen werden für Lehrerinnen und Lehrer immer größer, weil Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Schulen integriert werden sollen und weil insgesamt die Rahmenbedingungen immer herausfordernder werden. Auch zum viel diskutierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs gebe es ein klares Bekenntnis im Regierungsübereinkommen und sie verweist auf das Mobilitätspaket 2025, das mit € 1 Mio. budgetiert worden sei.

In den Erläuterungen sieht sie eine Entwicklung, die es Abgeordneten ermöglicht, das Budget bzw. den Rechnungsabschluss entsprechend durcharbeiten zu können. Es gebe noch die eine oder andere Lücke, aber es sei stark erkennbar, dass es eine konsequente Vorbereitung auf die Umstellung der Doppik gebe. Abschließend sagt Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl, man gehe mit dem guten Gefühl, ein ausgeglichenes Budget vorgelegt bekommen zu haben, in die nächsten zwei Jahre.

Klubvorsitzender Abg. Steidl dankt HR Dr. Prucher und Mag.^a Pumberger-Langthaler stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Salzburger Landesdienst für die Erarbeitung der vorliegenden Budget-Unterlagen. Transparent seien diese aber nicht, was an den

politisch Verantwortlichen liege. Das Budget habe insgesamt wenige Ideen, wenn es um Neues gehe, es sei nicht ambitioniert und es sei ohne Kraft für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes. Mit der Abschaffung des Wohnbaufonds habe die Regierung einen jährlichen Finanzspielraum von bis zu € 140 Mio. bekommen, was ziemlich genau 5 % der gesamten Haushaltssumme seien, aber in der strukturellen Finanzierung sei keine Nachhaltigkeit gelungen. Mit dem Geld sei man nicht sorgsam umgegangen, es sei in der Struktur verschwunden und werde letztendlich auch den Druck für die Budgets der nächsten Jahre erhöhen. Zum hohen Schuldenstand weist Klubvorsitzender Abg. Steidl auf einen hohen Finanzvermögensstand mit den grundbücherlich besicherten Wohnbaudarlehen hin. Kritisch sieht er den stark sinkenden außerordentlichen Haushalt, was einen sehr geringen öffentlichen Investitionshaushalt bedeute. Dazu kämen die Unsicherheiten im Wohnbau. Das Geldverschenken an die Villenbesitzer gehe munter weiter. Man brauche 2017 für alle genehmigten Förderfälle im Bereich Eigentum und Eigenheim € 41 Mio. Ausgewiesen seien im vorliegenden Haushalt € 28 Mio., d. h. der „Wohnbauförderungsmurks“ gehe weiter. Kritisch wird festgestellt, dass in der Raumordnung nichts gemacht werde, um bei der Preisgestaltung von Grund und Boden gesetzgeberisch einzugreifen. Der Wohnbau würde im sozialen Mietwohnungsbau privatisiert und kräftig mit Geldgeschenken des Landes unterstützt. Die Auswirkungen der Wohnbaupolitik dieses Landes gehen am Bedarf jener, die eine dringende Mietwohnversorgung brauchen, völlig vorbei. Konzeptlos sei diese Regierung beim Verkehr unterwegs, was der gestrige Verkehrsgipfel zeige. Es gebe lediglich immer wieder neue Arbeitsgruppen. Ein Murks löse den anderen ab. Das Straßennetz verkomme zu einem Fleckerlteppich. Hier werde viel zu wenig investiert, obwohl es eine Studie gebe, die zum Inhalt habe, was zur Erhaltung unseres Straßen- und Verkehrsnetzes im Bundesland Salzburg notwendig wäre. Investitionen in diesem Bereich würden auch die etwas lahme Tiefbaukonjunktur unterstützen. Lieber plane man einen Gitzentunnel.

Bezug nehmend auf Förderungen im Bildungsbereich sieht Klubvorsitzender Abg. Steidl im Landesvoranschlag, dass das Gegenteil gemacht werde. In der Elementarbildung und im berufsbildenden Unterricht werde gekürzt und es sei unverständlich, dass nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in der Gesundheitsprävention (außerschulische Leibeserziehung) für Kinder gekürzt werde.

Der Sozialbereich sei unklar, weil das Ziel dieser Regierung nicht erkennbar sei, wenn es um Arbeitsprojekte, die Menschen aus der Mindestsicherung herausführen sollen, wenn es um die Krankenhilfe der Mindestsicherungsbezieher bzw. wenn es um die Hauskrankenpflege oder die Mutter-Elternberatung gehe. Auch hier gebe es weniger Geld.

Die Gesundheitspolitik im Land Salzburg sei seit Jahren eine große, zusehends ungesicherte Baustelle. Es habe in der Vergangenheit viele Hilfescheie von der Pflege, den Ärzten, den Bürgermeisterinnen und den Patientinnen und Patienten gegeben. Es fehle an der Planung und in diesem Budget seien die Regierungsziele für die Gesundheitspolitik nicht erkennbar. Bezug nehmend auf die hohen Kosten im Gesundheitsbereich meint Klubvorsitzender Abg. Steidl, dass in den Ansätzen lediglich 1 % mehr ausgegeben werde. Zur Ankündigung der Realisierung längst fälliger Großbauten in den SALK wird angemerkt, dass diese Regierung bei Regierungsübernahme den Masterplan Gesundheit abgesagt und drei Jahre zugewartet habe. Das Gesundheitsbudget sei insgesamt unambitioniert, phantasielos und auch sehr intransparent.

In den Bereichen Arbeit und Wirtschaft gebe es Licht und Schatten. Licht gebe es in der Forschung. Hier müsse man gratulieren und sich bedanken. Der Landeshauptmann habe richtige Akzente gesetzt, das werde anerkannt und Erhöhungen im Forschungsbereich werden von der SPÖ weiterhin unterstützt. Gut sei auch, dass es für die Jugendbeschäftigung und für die Lehrlingsausbildung mehr Geld geben werde. In der allgemeinen Wirtschaftsförderung würde sich die SPÖ wegen der allgemein angespannten konjunkturellen Situation mehr investive Mittel für Handel, Gewerbe und Industrie wünschen. Da sei im ordentlichen Haushalt eine Stagnation. Salzburg gehöre nach wie vor zu den lebenswertesten Wohlstandsregionen Europas und damit das auch in Zukunft so bleibe, brauche es die politische Bereitschaft und letztendlich auch den politischen Mut, klug in die Zukunft zu investieren, die Wirtschaft in die Zukunft auszurichten und innovative und intelligente Produkte und Dienstleistungen anzustoßen. Dafür brauche es Geld aus den öffentlichen Haushalten. Man brauche mehr Investitionen in den Ausbau und in die Neuorientierung unseres Bildungs- und Forschungsstandortes, einen mit der Wirtschaft, den Arbeitnehmern und auch mit den Gemeinden gut abgestimmten Zukunftsplan zur Digitalisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, eine moderne und gut abgestimmte Gesundheitsplanung in Form von kombinierten und integrierten Versorgungsangeboten und es brauche ein landespolitisches Konzept zur Mobilität, sowohl im Angebotsbereich für das ganze Bundesland, aber auch im Bereich der Kosten, sprich der Preisgestaltung.

Abschließend meint Klubvorsitzender Abg. Steidl, dass man in unsere Arbeitnehmer, in unsere Betriebe und in unsere Infrastruktur investieren müsse und man müsse unsere Verwaltung in progress reformieren. Dazu verweist der Klubvorsitzende auf einen einstimmig verabschiedeten Antrag des Landtages. Im Budget fehlten mittel- und langfristige Überlegungen genauso wie formulierte Wirkungsziele des eingesetzten Geldes. Die SPÖ werde dem Budget nicht zustimmen.

Klubobmann Abg. Schwaighofer stellt fest, dass das Budget für 2017 ein Budget mit Ambition und Augenmaß sei, mit dem man in die Zukunft schauen könne. Es setze klare Akzente, während der notwendige Schuldenabbau konsequent fortgesetzt werde.

Im Sozialbereich könne man eine deutliche Steigerung des Budgets mit klaren Schwerpunkten auch in schwierigen Zeiten feststellen. Es gehe um die Bekämpfung der Armut in einer Zeit, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen zehn Jahren im Bundesland Salzburg vergrößert habe. Sieben Jahre davon war die Hauptverantwortung in der Sozialpolitik bei der Sozialdemokratie. Man müsse aber ehrlich sagen, dass die Problematik der Armut auch mit den niedrigen Löhnen im Zusammenhang stehe. Dieses Problem gelte es vordergründig zu lösen. Die Bemühungen der Regierung im Sozialbereich seien eindeutig erkennbar. Für die Grünen sei in diesem Bereich noch wichtig, die Prävention entsprechend zu stärken. Ein wichtiges Element dabei sei das selbstbestimmte Leben von Menschen zu fördern, was sich im engagierten Ausbau der Seniorenpflegeheime in Form von Haus- und Wohngemeinschaften wiederfinde. Auch sei das Engagement dieser Koalition im Bereich der Behindertenpolitik sehr groß und ein wichtiger Präventionsbereich sei auch die Jugendarbeit. Die zentralen Herausforderungen für die Politik sieht Klubobmann Abg. Schwaighofer in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kinderbetreuung. Hier gehe es um gesellschaftliche Ver-

änderungen und nicht um ein strukturelles Defizit, das behoben werden könnte. Es bedeute, dass sich in diesen Bereichen die Budgets sukzessive wandeln und stärkere Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Infolge des enormen medizinischen Fortschrittes gebe es eine zunehmend alternde Gesellschaft, aber gleichzeitig wolle man kleinere Krankenanstalten erhalten. Das bedeute, dass es eine enorme Herausforderung sei, bei diesem vorgegebenen und an das Wirtschaftswachstum gebundenen Kostendämpfungspfad hier die entsprechenden Maßnahmen zu setzen. Ein außerordentlicher Haushalt mit € 66 Mio., die vorwiegend im Gesundheitsbereich eingesetzt werden sollen, sei eine sehr deutliche Sprache, was Investitionen betreffe. Der größte Brocken im Sozialbudget sei aber der Pflegebereich. Da gehe es um unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die demographische Entwicklung habe zur Folge, dass man zwar lange mit geringer Betreuung auskomme, aber am Ende des Lebens meistens eine sehr intensive Betreuung brauche. Daher sei das ein strukturelles Defizit, das nicht abgeschafft werden könne. Im Sozialbereich habe man auch mit zunehmender Armut im Bereich von Mehrkindfamilien und Alleinerzieherhaushalten zu kämpfen. Für diese Menschen sei es aber auch wichtig, am sozialen und kulturellen Leben entsprechend teilhaben zu können. Auch in der Behindertenpolitik könne man von einem strukturellen Defizit sprechen, weil man wisse, dass in den nächsten Jahren eine große neue Gruppe von behinderten Menschen in Betreuung dazubekommen werde. Nämlich jene, deren Eltern versterben oder die Betreuung nicht mehr leisten könnten. Es gehe hier um Bereiche, wo es in der Verantwortung der Politik liege, entsprechende Hilfe zu leisten.

Große Herausforderungen sieht Klubobmann Abg. Schwaighofer weiters darin, den Klimawandel zu bewältigen. Auch dazu gebe es in diesem Budget eine Reihe von Initiativen, wie z. B. die Stärkung des öffentlichen Verkehrs, energiesparendes Bauen und Klimafreundlichkeit in Verbindung mit der Wohnbauförderung, die Förderung von kompakteren Siedlungsformen und verdichteten Bauweisen in der Raumordnung.

Zum Bildungsbereich weist Klubobmann Abg. Schwaighofer auf das große Engagement dieser Regierung hin, die neuen Bürger in unserem Land intensiv in den Bildungsprozess einzubinden. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung finden große Berücksichtigung und es seien dafür z. B. im Jahr 2015 91 % der vom Bund bereitgestellten Mittel abgeholt worden. Die restlichen Mittel werden in diesem Jahr ausgeschöpft. In den letzten beiden Jahren konnten jedes Jahr jeweils 500 Kinder zusätzlich in Betreuung gegeben werden, was entsprechende Kosten verursacht habe und wofür auch den Gemeinden, die das mittragen, zu danken sei. Besonders wichtig wären auch die Sprachförderprojekte sowohl für fremde als auch für einheimische Kinder. In 144 von 364 Einrichtungen gebe es Sprachförderprojekte und der Bedarf an dieser Sprachförderung steige ständig. Im Bereich der schulischen Bildung wurde das Budget für Sprachförderkurse um € 286.300,-- erhöht. In der schulischen Präventionsarbeit und in der aufsuchenden Schulsozialarbeit wurden € 620.000,-- mehr budgetiert als in den Jahren zuvor. Damit sollen schulische Krisenherde verhindert und Lehrerinnen und Lehrer entlastet und unterstützt werden. Für Sprachhelfer und Sprachhelferinnen an Schulen seien € 200.000,-- budgetiert.

Der Landesvoranschlag für 2017 sei aus der Sicht von Klubobmann Abg. Schwaighofer ambitioniert, weil er in vielen entscheidenden Bereichen entsprechende Schwerpunkte, die mit Augenmaß erstellt wurden, setze. Und in vielen Bereichen habe es eine Art Nullbudgetierung

gegeben, was auch ein genaues Hinschauen erforderte, ob es möglich sei, ohne jegliche Steigerung auszukommen. In diesem Sinne - meint Klubobmann Abg. Schwaighofer - verdiente das Budget eigentlich auch die Zustimmung der SPÖ.

Auch Abg. Wiedermann dankt eingangs der Finanzabteilung und allen Beamtinnen und Beamten für die Vorlage des Budgets, deren Darstellung und Lesbarkeit sich tatsächlich verbessert haben. Es liege zwar ein ausgeglichenes Budget vor, aber es sei klar erkennbar, dass es in manchen Bereichen mehr Baustellen als Lösungen gebe. Von Ambition und Augenmaß sei dieses Budget aus der Sicht der FPS weit entfernt.

Das leidige Thema Verkehr mit seinen Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wirtschaft wirke sich letztlich auch auf das Budget aus. Abg. Wiedermann ortet einen Stillstand und ersucht den Landeshauptmann, im Bereich Verkehr das Zepter in die Hand zu nehmen. Er kritisiert den geplanten Gitzentunnel und die Stadtregionalbahn und fordert von der Politik, vor dem Projektieren, Planen und Investieren ihre Hausaufgaben zu machen.

Zum Bereich Gesundheit sieht er Versprechungen im Zusammenhang mit dem Erhalt von kleinen Krankenhäusern, deren Einhaltung ungewiss sei. Ebenso kritisch werde die Problematik im Zusammenhang mit dem Allgemein- und Fachärztemangel im niedergelassenen Bereich gesehen.

Im Bereich der Integration und des Asylwesens sei gegenüber 2015 mehr als eine Verdoppelung des Budgets erkennbar. Eine Verlängerung von Mietverträgen für leerstehende Asylheime bezeichnet Abg. Wiedermann als fahrlässig. Der dafür erforderliche hohe sechsstellige Geldbetrag gehe zu Lasten des Landesbudgets.

Im Zusammenhang mit dem Schuldenstand des Landes kritisiert Abg. Wiedermann, dass das Land trotz der niedrigen Zinsen € 51 Mio. Zinsen bezahlen müsse und ersucht die Regierung, Verhandlungen in Richtung Reduktion vorzunehmen.

Wie sich die Systemumstellung in der Finanzverwaltung, die eine ambitionierte Angelegenheit und für Beamte, Finanzabteilung, aber auch für die Abgeordneten eine riesen Herausforderung sei, letztlich kostenwirksam auf das Budget auswirke, sei nicht bekannt und werde die Zukunft weisen.

Für die Kinderbetreuung als einer der Schwerpunkte des Budgets sei zwar großzügig budgetiert worden, aber bei der Umsetzung und bei der Abholung der Fördergelder durch die Betreiber sehe die FPS noch einen entsprechenden Aufholbedarf. So wurden beispielsweise im Jahr 2015 € 1,9 Mio. für die Kindertagesbetreuung nicht in Anspruch genommen.

Für die Kultur gebe es eine Erhöhung des Budgets um € 3 Mio. Kritisch werde dabei die erhöhte Abgangsdeckung für das Landestheater und das sogenannte Museumsdepot des Museums der Moderne im Bereich Guggenthal gesehen.

Zur Wohnbauförderung wird kritisiert, dass die Versprechungen des Landes, insbesondere bei den angekündigten Mietstützungen, unter dem Strich nicht eingehalten wurden. Es gebe jetzt zumindest ein Reförmchen, das ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sei. Zur künftigen Verordnung meint Abg. Wiedermann, dass diese bei den Einkommensgrenzen, möglichen Förderungen und Mietzinsstützungen unausgegoren und von den ursprünglichen Versprechungen fast nichts übrig geblieben sei. Die Auswirkungen seien unbekannt.

Bei der Raumordnung sei eine gewisse parteipolitische Ideologie und Willkür erkennbar. Die Entscheidungen betreffend die Projekte Airport-Center und Europark verhinderten Arbeitsplätze und behinderten die Entwicklung der Wirtschaft. Er stellt dazu ein gewisses „Drüberfahren“ der Regierung fest. Ähnlich sei es jetzt auch beim Budget. Man könnte sich die Diskussion zum Budget sparen, weil die Regierung den Argumenten der Opposition nicht zugänglich sei. Abschließend sagt Abg. Wiedermann, dass zwar nicht alles am Budget schlecht sei, aber die FPS das Budget im Gesamten ablehnen werde.

Klubobmann Abg. Naderer dankt der Beamtenschaft für die tatkräftige Erstellung des Budgets verbunden mit der Anerkennung an den Finanzreferenten. Ein Budget sei ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Ein starker Anstieg der Wohlfahrtskosten, mehr Geld für Kunst und Kultur, Kostensteigerungen bei den Krankenanstalten sowie höhere Kosten für eine effizientere Verwaltung zeigen die Prioritäten und Umstände der heutigen Welt. Die € 10 Mio. mehr über den Finanzausgleich seien positiv zu vermerken, wie wohl es hier Veränderungen in den Grundstrukturen der Bundesgesetzgebung bräuchte, damit mehr Geld nach Salzburg zurück fließe. Nur 25 % der Salzburger Steuerleistung kehrten wieder ins Land zurück. Allerdings müsste man auf die € 10 Mio. gut aufpassen, weil diese mit Falschentscheidungen, wie bei der Wohnbauförderung, schnell wieder verschwunden sein könnten.

Ein Totalversagen ortet Klubobmann Abg. Naderer im Budget bei der Straßenerhaltung und der Verkehrspolitik. Manche Landesstraße gleiche einer Rumpelpiste, so schlecht und brüchig seien die Asphaltdecken und der Unterbau, etwa auf der L102 Obertrumer Landesstraße zwischen Seekirchen am Wallersee und Eugendorf. Nun werde aber für den Erhalt der Straßen noch weniger ausgegeben. Dies werde auf lange Sicht das Landesvermögen verringern und hohe Sanierungskosten zur Folge haben. Den Gitzentunnel sehe er grundsätzlich positiv, allerdings müsste dem eine Gesamtuntersuchung in Bezug auf sämtliche Auswirkungen vorausgehen. Im Bereich Verkehr gehe nichts weiter. Es brauche ein Konzept gemeinsam mit der Stadt und den Umlandgemeinden und endlich öffentliche Gelder.

SPEZIALDEBATTE

Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung)

Abschnitt 00 (Landtag)

Abschnitt 01 (Landesregierung)

Abschnitt 02 (Amt der Landesregierung)

Abschnitt 03 (Bezirkshauptmannschaften)

Abschnitt 04 (Sonderämter)

Abschnitt 05 (Sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung)

Abschnitt 07 (Personalvertretung ohne Landeslehrer)

Abschnitt 08 (Pensionen ohne Lehrer - soweit nicht aufgeteilt)

Abschnitt 09 (Personalbetreuung)

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 54.853.200,00 und Gesamtausgaben von € 287.638.200,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 1.670.700,00 und Gesamtausgaben von € 3.852.200,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit)

Abschnitt 13 (Sonderpolizei)
Abschnitt 16 (Feuerwehrwesen)
Abschnitt 17 (Katastrophendienst)
Abschnitt 18 (Landesverteidigung)

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 845.200,00 und Gesamtausgaben von € 7.966.600,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Gruppe 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft)

Abschnitt 20 (Gesonderte Verwaltung)
Abschnitt 21 (Allgemeinbildender Unterricht)
Abschnitt 22 (Berufsbildender Unterricht)
Abschnitt 23 (Förderung des Unterrichtes)
Abschnitt 24 (Vorschulische Erziehung)
Abschnitt 25 (Außerschulische Jugenderziehung)
Abschnitt 26 (Sport und außerschulische Leibeserziehung)
Abschnitt 27 (Erwachsenenbildung)
Abschnitt 28 (Forschung und Wissenschaft)

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 442.148.600,00 und Gesamtausgaben von € 561.784.300,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 4.056.100,00 und Gesamtausgaben von € 6.881.000,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 3 (Kunst, Kultur und Kultus)

Abschnitt 31 (Bildende Künste)
Abschnitt 32 (Musik und darstellende Kunst)
Abschnitt 33 (Schrifttum und Sprache)

- Abschnitt 34 (Museen und sonstige Sammlungen)
- Abschnitt 35 (Sonstige Kunstpflege)
- Abschnitt 36 (Heimatspflege)
- Abschnitt 37 (Rundfunk, Presse und Film)
- Abschnitt 38 (Sonstige Kulturpflege)
- Abschnitt 39 (Kultus)

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 10.589.400,00 und Gesamtausgaben von € 46.728.100,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 4.419.400,00 und Gesamtausgaben von € 6.136.200,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung)

- Abschnitt 41 (Allgemeine Öffentliche Wohlfahrt)
- Abschnitt 42 (Freie Wohlfahrt)
- Abschnitt 43 (Jugendwohlfahrt)
- Abschnitt 44 (Behebung von Notständen)
- Abschnitt 45 (Sozialpolitische Maßnahmen)
- Abschnitt 46 (Familienpolitische Maßnahmen)
- Abschnitt 48 (Wohnbauförderung)

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 366.031.900,00 und Gesamtausgaben von € 564.201.500,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 2.628.400,00 und Gesamtausgaben von € 3.240.400,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 5 (Gesundheit)

- Abschnitt 51 (Gesundheitsdienst)
- Abschnitt 52 (Umweltschutz)
- Abschnitt 53 (Rettungs- und Warndienste)
- Abschnitt 54 (Ausbildung im Gesundheitsdienst)
- Abschnitt 55 (Eigene Krankenanstalten)
- Abschnitt 56 (Krankenanstalten anderer Rechtsträger)
- Abschnitt 57 (Heilvorkommen und Kurorte)
- Abschnitt 58 (Veterinärmedizin)
- Abschnitt 59 (Gesundheit, Sonstiges)

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 403.387.100,00 und Gesamtausgaben von € 718.888.300,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtein-

nahmen von € 700.000,00 und Gesamtausgaben von € 28.096.000,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr)

Abschnitt 61 (Straßenbau)

Abschnitt 62 (Allgemeiner Wasserbau)

Abschnitt 63 (Schutzwasserbau)

Abschnitt 64 (Straßenverkehr)

Abschnitt 65 (Schienenverkehr)

Abschnitt 68 (Post- und Telekommunikationsdienste)

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 10.093.700,00 und Gesamtausgaben von € 110.601.200,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 2.000.000,00 und Gesamtausgaben von € 16.001.600,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung)

Abschnitt 71 (Grundlagenverbesserung, Land- und Forstwirtschaft)

Abschnitt 74 (Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft)

Abschnitt 75 (Förderung der Energiewirtschaft)

Abschnitt 77 (Förderung des Fremdenverkehrs)

Abschnitt 78 (Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie)

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 4.428.500,00 und Gesamtausgaben von € 73.364.700,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 2.150.000,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Gruppe 8 (Dienstleistungen)

Abschnitt 84 (Liegenschaft, Wohn- und Geschäftsgebäude)

Abschnitt 86 (Land- und forstwirtschaftliche Betriebe)

Abschnitt 89 (Wirtschaftliche Unternehmungen)

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 8.809.600,00 und Gesamtausgaben von € 3.111.300,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Gruppe 9 (Finanzwirtschaft)

Abschnitt 91 (Kapitalvermögen / Stiftungen ohne eig. Rechtspers.)

Abschnitt 92 (Öffentliche Abgaben)

Abschnitt 93 (Umlagen)

Abschnitt 94 (Finanzzuweisungen und Zuschüsse)

Abschnitt 95 (Nicht aufteilbare Schulden)

Abschnitt 96 (Haftung - soweit nicht aufteilbar)

Abschnitt 97 (Verstärkungsmittel)

Abschnitt 98 (Haushaltsausgleich)

Abschnitt 99 (Abwicklung der Vorjahre)

Klubvorsitzender Abg. Steidl bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird ersucht, dem Landtag schriftlich eine Auflistung der Verwendung der zusätzlichen Mittel, die das Land aufgrund des Ergebnisses der Finanzausgleichsverhandlungen (€ 9 Mio. jährlich und € 5 Mio. Einmalzahlung) erhält, vorzulegen.

Der Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 1.484.400.900,00 und Gesamtausgaben von € 411.303.900,00 und des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 50.882.800,00 wird mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

In der Spezialdebatte werden die einzelnen Paragraphen wie folgt abgestimmt:

§ 1 Landesvoranschlag für das Jahr 2017

Die Gesamtsummen des ordentlichen Landesvoranschlages 2017 mit Einnahmen und Ausgaben von je € 2.785.588.100,00 und die Gesamtsummen des außerordentlichen Landesvoranschlages 2017 mit Einnahmen und Ausgaben von je € 66.357.400,00 werden mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Gesamthaushalt mit Einnahmen und Ausgaben beträgt € 2.851.945.500,00.

Die §§ 2 Mittelverschiebungen, 3 Mittelüberschreitungen, 4 Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung, 5 Haftungsobergrenzen und Risikovorsorgen, 6 Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und 7 In- und Außerkrafttreten werden in der Spezialdebatte mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanzausschuss und der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen mit den Stimmen von ÖVP, Grünen, Abg. Fürhapter und Abg. Konrad MBA gegen die Stimmen von SPÖ und FPS - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag für das Jahr 2017 sowie das Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2017, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2018 bis 2021 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2017 - LHG 2017) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz geändert wird, werden zum Beschluss erhoben.
2. Die dem Landesvoranschlag angeschlossenen Fondsvoranschläge der Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit werden ebenfalls genehmigt.

Salzburg, am 29. November 2016

Der Vorsitzende:
Mag. Mayer eh.

Der Berichterstatter:
Mag. Scharfetter eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 14. Dezember 2016:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, Grüne und der Abg. ohne Fraktionszugehörigkeit Konrad MBA und Fürhapter gegen die Stimmen von SPÖ, FPS, eine Stimme des TSS und der Abg. ohne Fraktionszugehörigkeit Steiner-Wieser - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.